

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelleile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **545 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Der Schmiedeverband tritt über!

In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist soeben ein Kapitel zum Abschluß gebracht worden. Es war kein schlechtes Kapitel und auch kein schlechter Abschluß. Die im Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen organisierten Kollegen haben den Beschluß ihrer letzten Generalversammlung auf Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeführt. Nach den bis zum festgesetzten Termin eingesandten Resultaten haben 12014 Mitglieder ihr Stimmrecht ausgeübt. Davon stimmten für die Verschmelzung 8738 und dagegen 3124. Der Verband hatte am Schlusse des vierten Quartals vom vorigen Jahre 16669 Mitglieder. Von diesen haben also annähernd drei Viertel ihr Stimmrecht ausgeübt und beinahe drei Viertel von den Abstimmenden haben sich für den Anschluß erklärt. Manchem, und besonders manchem älteren Mitgliede des Schmiedeverbandes ist dieser Entschluß sicher nicht leicht geworden. Galt es doch etwas Altes, Liebgewordenes aufzugeben. Wenn er es dennoch tat, so ist es nur in der Überzeugung geschehen, daß die veränderten Zeitumstände gebieterisch die Zusammenfassung aller klassenbewußten Metallarbeiter in eine große Organisation fordern.

Die mehr als 500000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes heißen den Bruder Schmied herzlich willkommen! Am meisten werden sich natürlich die 26286 Schmiede, Kesselschmiede und deren verwandte Berufsgenossen freuen, die sich am Ende des Jahres 1911 in den Reihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befanden. Wird doch nunmehr der unglückseligen Organisationszersplitterung ein Ende gemacht. Über 40000 Mann! Eine der stärksten Branchen im Deutschen Metallarbeiter-Verband! Das ist erfreulich, das bietet die Gewähr für eine Besserung der Arbeitsbedingungen.

Am 1. Oktober soll der Übertritt vollzogen sein. Es hatten unsere Verbandes nunmehr in der nächsten Zeit wieder wichtige Aufgaben. Zu diesen gehört vornehmlich die Veranlassung einer umfassenden Berufsstatistik über die Verhältnisse im Schmiedebetrieb. Der Vorstand des Schmiedeverbandes hat ja schon früher sein Möglichstes getan, um eine gute Statistik zusammenzubringen; jetzt, wo ein wesentlich größerer und gebieterischer Apparat für solche Zwecke zur Verfügung steht, liegt es schon ohne weiteres in der Natur der Sache, daß die neue Statistik gründlicher und umfassender ausfallen muß. Diese zunächst vorzunehmende Aufgabe wird den Schmieden und den Verbandsinstanzen den vor allen Dingen notwendigen genauen Überblick geben, was zunächst zu tun ist und wo der Hebel zuerst angefaßt werden muß. Bei diesen Vorarbeiten muß, wie bei allen anderen Verbandsarbeiten, sehr gründlich und sorgfältig verfahren werden. Was dann weiter zu tun ist, darüber kann man hier in der Öffentlichkeit höchstens ganz allgemeine Andeutungen machen. Unsere Kollegen von der Branche der Schmiede werden aber sicher nicht ermangeln, ihren Mann zu stehen, wenn es heißt, um die Verbesserung ihres Loses zu kämpfen. Dann werden sie aber in geschlossener Einheit kämpfen, zu ihrem eigenen Wohle nicht minder, wie zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung! Darum nochmals: **Herzlich willkommen!**

## Die drohende Entvölkerung des Deutschen Reiches.

Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, in der sich die Malthusianer den Kopf darüber zerbrachen, wie der riesenhaften Volksvermehrung zu begegnen sei. Der Malthusianismus stellte die Lehre auf, daß die Menschen und die Organismen überhaupt die Tendenz haben, sich rascher zu vermehren als ihr Nahrungsspielraum, daß Hunger und Elend die Wirkungen der Uebersättigung sind und erst dann verschwinden können, wenn die Menschen durch kluge Beschränkung und ständige Enthaltensamkeit ihre Vermehrung einengen. Selbst in den Kreisen derer, die dem orthodoxen Malthusianismus widersprechen, wurde ihm insofern eine Berechtigung zugestanden, als die Frage der Bevölkerungszunahme als eine Sorge der Zukunft angesehen wurde. So schrieb Albert Lange schon 1866:

„Das Bevölkerungsgesetz ist das A und das O der sozialen Frage. Das ist einer der wichtigsten Punkte, in denen es keine verächtlichen Ansichten gibt, sondern nur verschiedene Stufen der Erkenntnis. Mit der Erkenntnis des Bevölkerungsgesetzes beginnt erst das Verständnis der sozialen Uebelstände und ihrer Quelle, und erst mit einer Andeutung des Bevölkerungsgesetzes können die letzten Spuren der sozialen Uebelstände verschwinden.“

In den sechziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verloren die Uebersättigungsbefürworter an praktischer Bedeutung, da sich ergab, daß der Nahrungsspielraum durch den in rascherer

Entwicklung begriffenen modernen Verkehr sich in viel stärkerem Maße erweiterte, als die Bevölkerung zunahm. Gleichzeitig machte sich in allen kapitalistischen Staaten, zunächst in ganz schwachem, mit der Zeit aber in stärkerem Grade ein Rückgang der Geburten bemerkbar. Zuerst und am rapidesten trat er in Frankreich hervor. In den Jahren 1845 bis 1865 war in Frankreich die Geburtenzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl noch völlig stabil. Es kamen sowohl im Jahresfünft 1845 bis 1850 wie im Jahresfünft 1861 bis 1865 auf 10 000 Köpfe der Bevölkerung jährlich 267 Lebendgeborenen. Im Vergleich mit Deutschland, das um dieselbe Zeit nahe an 400, mit England, das im Jahresfünft 1861 bis 1865 bis auf 351 Geburten kam, mit Belgien, das 322 Geburten auf 10 000 Einwohner als Höchststand erreichte, war die französische Zahl schon eine bescheidene, das Tröstliche war jedoch, daß sie bis dahin keinen Rückgang aufwies. Von der Mitte der sechziger Jahre an aber häufte der Geburtenrückgang in Frankreich, der ununterbrochen angehalten und sich gesteigert hat bis in die Gegenwart. In ganz regelmäßiger Stufenfolge sank die Zahl der Lebendgeborenen von 267 im Jahresfünft 1861 bis 1865 auf 220 im Jahresfünft 1896 bis 1900, und sie ist in den letzten Jahren bis auf etwa 190 heruntergegangen. Während das deutsche Volk, trotzdem es dem französischen Beispiel langsam zu folgen beginnt, auch im Jahre 1910 noch eine Vermehrung um rund 800 000 Köpfe sich leistete, ging die französische Bevölkerung in demselben Jahre um 34 000 Einwohner zurück.

Neinlich wie in Frankreich, nur nicht in demselben Grade, ist auch in England und Belgien von den sechziger Jahren an die Geburtenzahl dauernd gesunken. Von 355 Lebendgeborenen auf 10 000 Einwohner im Jahresfünft 1871 bis 1875 ging es in England Stufe um Stufe abwärts bis auf 263 im Jahre 1907, und die Zahlen der späteren Jahre, die uns nicht zur Verfügung stehen, dürften noch weiter gesunken sein. In Belgien ging's von 326 im Jahresfünft 1871 bis 1875 herunter bis auf 257 im Jahre 1906. In den Vereinigten Staaten und selbst in Australien zeigt sich dieselbe Rückwärtsentwicklung.

In Deutschland scheint die „Gefahr der Entvölkerung“ noch in weiter Ferne gerückt, wenn man die Einwohnerzahl des Reiches vom Jahre 1871 — 41 058 792 — mit der vom Jahre 1910 — 64 903 423 — vergleicht. Aber diese starke Vermehrung ist nicht auf eine gesteigerte Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zurückzuführen. Die Fruchtbarkeit hat sich im Gegenteil auch in Deutschland in den letzten 40 Jahren bedeutend und anhaltend vermindert, und wenn der gegenwärtige Stand der Geburtenzahl auch den von Frankreich noch um mehr als das Eineinhalbfache übertrifft, so gibt er doch nicht nur unseren „Nationalisten“ Anlaß, zu denken, sondern macht es auch notwendig, vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus das Bevölkerungsproblem ins Auge zu fassen.

Die starke Zunahme des deutschen Volkes seit 1871 ist zum erheblichen Teile herbeigeführt worden durch den Rückgang der Sterblichkeitszahl. Im Jahre 1871 fielen auf 1000 Einwohner 31 Gestorbene, im Jahre 1891 noch 24,7, im Jahre 1910 nur noch 16,13. Das ist ein sehr erfreulicher Fortschritt, der durch eine durchgreifende Sozialpolitik und Gesundheitspflege, besonders auch durch die Verwirklichung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel noch weiter gefördert werden kann. Aber der Verminderung der Sterblichkeit wird schließlich von der Natur eine Grenze gezogen, gegen die alle menschlichen Schutzmaßnahmen und Künste nicht aufkommen, denn letzten Endes ist gegen den Tod doch kein Kraut gewachsen. Von besonderer Bedeutung beim Rückgang der Sterblichkeit ist, daß er sich nicht so sehr auf die höheren Altersklassen als auf die Kinder bezieht. Allein in den letzten zehn Jahren sank die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder von 20,7 auf 17,6 Prozent. Die Verminderung der Säuglingssterblichkeit ist auf die Bevölkerungsvermehrung von ungleich größerem Einfluß als etwa die Verminderung der Sterblichkeit der Greste. In engem Zusammenhang mit der Sterblichkeit im allgemeinen steht die Zahl der Totgeborenen, die sich gleichfalls seit dem Jahre 1871 bedeutend gesenkt hat, was auf die Bevölkerungszunahme nicht ohne Einfluß blieb. Entfielen auf 100 Geborene im Jahre 1871 noch 4,1 Totgeborene, so im Jahre 1910 nur noch 2,8.

Von starkem Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung ist ferner die Wanderungsbewegung, die in Deutschland gleichfalls eine interessante Entwicklung zeigt. Was das deutsche Volk vor 30 Jahren einen erheblichen Bruchteil seines Zuwachses an das Ausland ab, so erfährt es gegenwärtig eine Verstärkung durch die Einwanderung. Im Jahresfünft 1881 bis 1885 erreichte der Wanderungsverlust mit 4,3 auf 1000 Einwohner seinen höchsten Stand, seit 1896 ist nicht mehr ein Wanderungsüberlust, sondern ein Wanderungsgewinn zu verzeichnen, das heißt die Zahl der Einwanderer übertraf die Zahl der Auswanderer, und zwar um 0,2 bis 0,3 pro 1000 Einwohner.

Allen diesen Faktoren, die zur Vermehrung des deutschen Volkes beigetragen haben, steht gegenüber der Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Einwirkend bewegt sich dieser im Reichsdurchschnitt noch in den Grenzen, die eine absolute Verminderung des Geburtenüberschusses ausschließen. Eine relative Verminderung des Geburtenüberschusses (das heißt ein Zurückbleiben des Geburtenüberschusses des folgenden Jahres hinter dem des vorhergehenden) würde aber bereits eingetreten sein, wenn nicht die Verminderung der Sterblichkeit sie verhindert hätte. Ein plötzliches starkes Anschwellen der Sterblichkeitszahl, das durch Seuchen, anomale Witterungsverhältnisse und andere Einflüsse bei geringem Sterblichkeitsgrad viel leichter herbeigeführt werden kann als bei hohem, müßte notwendig einen Rückgang des Geburtenüberschusses herbeiführen. Aber auch ohne derartige Ursachen ist in naher Zeit mit einem Rückgang des Geburtenüberschusses zu rechnen, falls, woran kaum noch zu zweifeln ist, die Geburtenzahl in derselben Weise weiter sinkt, wie seit dem Anfang der sechziger Jahre. Am Jahre 1871 wies die Geburtenzahl

mit 35,9 auf 1000 Einwohner gegenüber 40,1 im vorhergehenden und 41,1 im folgenden Jahre einen Tiefstand auf, der sich aus dem Ausmarsch eines großen Teiles der jugendfähigen Männer aufs französische Schlachtfeld erklärt. Bis zum Jahre 1877 hielt sich dann die Geburtenzahl auf der Höhe von mehr als 41 pro Tausend. Dann aber begann der Rückgang und hielt mit kleinen Unterbrechungen an bis in die Gegenwart. Im Jahre 1910 waren es noch 30,8 Geburten auf 1000 Einwohner gegen 34,1 im Jahre 1906. Besonders in den letzten Jahren war also der Rückgang ein sehr starker und es hat den Anschein, als ob er fortbauern wird.

(Schluß folgt.)

## Etwas vom Totstreifen zum — Totlachen.

Es ist nichts zu dumme — es findet doch immer sein Publikum! Das wird mancher Leser gedacht haben, als ihm die Nummer 29 der Deutschen Arbeiter-Zeitung zu Gesicht kam. Das Organ, das ja von gewerkschaftlicher Seite so viel versteht wie die Kuh vom Gurkenfeld, schnappt natürlich nach dem fetten Happen, um dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eins auszuwickeln. Das „Totstreifen“ selbständiger Arbeiterorganisationen benennt sie einen Artikel, den sie in der Hauptsache aus Zitaten eines „Muffiges“ entnimmt, den der bekannte Karl Wieselenthal in der Berliner Volkszeitung (Nummer 319, Morgenausgabe vom 10. Juli) hat erscheinen lassen und der schon deswegen „für sich selbst spricht“. Was Wieselenthal da in der kühnen Verzapfte, im einzelnen zu wiederholen, können wir uns ersparen. Der Wieselenthal kennt, weiß, daß er es in bezug auf Gründlichkeit in der Wiedergabe geschichtlicher Ereignisse „sehr genau“ nimmt und daß seine „Wissenschaftlichkeit“ keine Grenzen kennt. Wir beschränken uns hier nur auf Herausheben der Aussagen aus dem Festtagsbuch, den Wieselenthal zunächst der Berliner Volkszeitung vorgelegt hat und von dem dann das „wissenschaftliche“ Organ der heimischen „Arbeiter“, genannt Deutsche Arbeiter-Zeitung, ein Bild erweist hat:

„Nachdem die Verbände der Schlosser, Mechaniker, Klempner, Tischler, Werftarbeiter, Elektromonteurs und Helfer, Gold- und Silberarbeiter, Former und Gießereiarbeiter und der Graveure und Bauseure totgestreift waren, begann der Kampf gegen den Schmiedeverband mit besonderem Hochdruck einzufangen.“

So heißt es an einer Stelle, die die Wahrheitsliebe des Verfassers in der Wiedergabe geschichtlicher Dinge kennzeichnet. Verbände der Schlosser, Mechaniker, Klempner, Feilenhauer, Eisenmonteure und Helfer sollen totgestreift worden sein.

Ein Verband der Klempner hat überhaupt seit Bestehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht existiert, ebensowenig ein Verband der Elektromonteurs und Helfer, mithin können sie auch nicht totgestreift worden sein. Der Verband der Mechaniker hat sich bekanntlich 1891 unmittelbar nach Gründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes diesem angeschlossen, ebenso ¼ Jahre später der Verband der Schlosser und Maschinenbauer. Beide Verbände also im ersten Jahre des Bestehens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, wo dieser erwiefernmaßen noch gar keine Streiks führen konnte und auch keine geführt hat. Von den neuen Toten oder „Totgestreikten“, die die Arbeiter-Zeitung durch ihren Wieselenthal zitieren läßt, können schon vier nichts bezeugen, weil sie entweder gar nicht lebten oder schon früher gestorben sind, ehe an „Totstreiken“ gedacht werden konnte. Wie sieht es nun mit den anderen?

Der Verband der Feilenhauer! Ein solcher hat auch nicht existiert. Doch halt — ja, er hat existiert, aber nicht vor oder während der Gründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sondern im dritten Jahre seiner Wirksamkeit fiel es einigen Erleuchteten ein, einen besonderen Feilenhauerverband ins Leben zu rufen und den Deutschen Metallarbeiter-Verband um etwa 200 Feilenhauermitglieder zu schwächen. Drei Jahre später gab dieser „Verband“ wegen Lebensschwäche seinen Geist auf, nachdem ein Teil seiner Mitglieder vorher zum Deutschen Metallarbeiter-Verband „gestoßen“ war. Streiks haben in jener Zeit überhaupt nicht stattgefunden. Auch der fünfte Zeuge tritt ab.

Sechster Zeuge: Werftarbeiterverband! Auch ihn soll der Deutsche Metallarbeiter-Verband totgestreift haben. Behauptet worden ist das auch von Mitgliedern des Werftarbeiterverbandes, kein einziger aber hat sich dazu bekümmert, dem Gesamtverband oder dem Vorstand eine solche Last zu imputieren, sondern alle, die solchen Vorwurf erhoben haben, haben sich nur immer auf britische Vorkommnisse bezogen und örtlichen Funktionären den Vorwurf gemacht, und die Berechtigung dieses Vorwurfes aus gelegentlichen Äußerungen dieses oder jenes Beamten gefolgert. Diese Vorwürfe wurden erhoben in Gewerkschaftskonferenzen und in der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Werftarbeiterverbandes, also an Stellen, wo den Angegriffenen weder die Möglichkeit zur Verteidigung, noch der Verammlung die der Nachprüfung gegeben war. Der Vorwurf, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich vor den Streiks in Flensburg und Bremerhaven nicht mit dem Werftarbeiterverband verständigt hat, ist nie und nimmer Beweis für die Absicht des Totstreikens; denn auch bei Streiks des Werftarbeiterverbandes ist der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht durch den Vorstand des Werftarbeiterverbandes, sondern durch die eigenen Funktionäre unterrichtet worden. Als der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dem Streik zustimmte, mußte er auch die gleiche Praxis voraussetzen; eine Änderung war von keiner Seite angefragt worden. Als eine Vorstandskonferenz später den Abbruch des Streiks für angebracht erklärte und durch Entziehung der Unterstützung durchsetzte, hat sich der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, obwohl er über die Aussichten des Kampfes anderer Meinung war,

dieser Tatkt angeschlossen. Und deswegen kann von einem Lot...

Als auch der erste „Totgestreife“ der Lebenden ist nicht zu...

Nächster Zeuge: Gold- und Silberarbeiterverband! Der Deutsche...

Ergebnis: Auch dieser Zeuge versagt, sowohl in puncto des...

Über, sagt der Wiesenthal der Berliner Volkszeitung, der Zentralverein...

Geschichte der Schmiedebewegung.\*

Solid und geschmackvoll ist der mehr als 300 Seiten umfassende...

Der Verfasser, Emil Waser, ist mit der modernen Schmiedebewegung...

\* Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Ein Buch von...

schon Metallarbeiter-Verband auch vorgekommen. Gütte sich der...

Nun der Graveur- und Ziseleurverband! Ein unglücklicheres Beispiel...

Aber der Zentralverband der Schmiede! Auch dieser Zeuge versagt!

Der Verfasser ist sich des dessen auch bewusst. Er bemerkt im...

Als ein Mann, der die geschichtliche Zeit miterlebt hat, habe...

Das ist gewisslich wahr. Auch die Vertreter der Industrie...

Der Geschichte der modernen Schmiedebewegung, dem Haupt...

Deutschen Metallarbeiter-Verband allein, sondern von Vertretern...

Nicht totgestreift hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband die...

dem von den Patrioten festgehaltenen Stadiregiment. Vom frühen...

Eine äußerst interessante und wertvolle Ergänzung dieses ersten...

Teil des Buches bildet der Anhang, in dem eine Anzahl alter...

zu lassen. Er weiß aber auch, daß er mit dieser Taktik allein nicht...

Nach seinen früheren Leistungen in dieser Richtung darf es nicht wundernehmen...

Nachdem nun der Schmiedeverband „überwunden“ ist, kommen noch Wiefenthal...

Die Arbeiter-Zeitung weiß hier keinen Rat. Sie hält hier offenbar die Einheitsorganisation der Metallindustriellen für richtig...

Metallarbeiterverhältnisse in Preußen.

I.

Inmitten des Lärmenden und bössartigen Schornachergeheißes der kapitalistischen Arbeiterfeinde und unheimlich davon vollzieht sich in gemächlicher Vortriebe die Weiterentwicklung der Industrie...

Table with 2 columns: Year (1909, 1910, 1911) and Worker count (Betriebe, Arbeiter).

Von Jahr zu Jahr erfolgt eine stete Weiterentwicklung der Betriebe und der Arbeiter...

Und an dieser rapiden Zunahme der preussischen Industrie hat auch die Metall- und Maschinenindustrie ihren reichlichen Anteil...

Table with 4 columns: Year, Metallindustrie (Betriebe, Arbeiter), Maschinenindustrie (Betriebe, Arbeiter).

Also ein steter, ununterbrochener Fortschritt, fortwährende Vermehrung der Betriebe und der Arbeiter...

Eine wahrhaft großartige und glänzende Entwicklung, mit der ein stetes Steigen des deutschen Außenhandels und ein rapides...

Anwachsen des deutschen „Nationalvermögens“, das heißt der Reichtümer der bestehenden Klassen...

Da muß man fragen, woher angeht solcher Tatkraft die bestehenden Klassen und ihre Landstrecke...

An der Vermehrung der Arbeiterzahl in unseren beiden Industriezweigen partizipieren in der Hauptsache die über 16 Jahre alten Arbeiter...

Für die gewerkschaftliche Agitation und Organisation ist es von orientierendem Wert, festzustellen, daß es in den beiden Industriezweigen 827 000 über 16 Jahre alte Arbeiter...

Die vorliegenden Berichte der preussischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1911 enthalten manche erhellende und orientierende Bemerkungen...

So konstatiert der Bromberger Berichterstatter, daß die Geschäftslage in den meisten industriellen Anlagen während des größten Teiles des Berichtsjahres nicht ungünstig war...

Im Bezirk Stabé waren an der Vermehrung der Arbeiterzahl um 7,6 Prozent vornehmlich die wieder stark beschäftigte Schiffbauindustrie und die mit ihr im Zusammenhang stehenden Betriebe beteiligt...

Gleich günstiges wird auch aus dem Magdeburger Bezirk berichtet. In dem ist hier ein großes Eisenhütten- und Walzwerk, das fürstlich Stolberg'sche Walzwerk in Ilfenburg...

wiedergegeben, die am 26. Mai 1882 in Hamburg zwischen dem Amte der Schmiede und den Leuchtmachern getroffen wurde...

Nachdem uns das Buch diesen Einblick in die „gute alte Zeit“ gewährt, wendet es sich den ersten Versuchen der Schmiedegesellen zu, in den Anfängen unserer modernen Gewerkschaftsbewegung...

einigen anderen Städten Gesellenvereine entstanden. Von der Berliner Organisation aus wurde der erste Kongress der Schmiede auf den 21. und 22. Mai 1877 nach Leipzig einberufen...

Unternehmer zu erhöhen. Das sollen dann die Arbeiter mit ihrer Hilfe anfangen, in der ihre vom Munde abgedarbt paar Mark stücken...

Auf der Reichsversammlung in Wilhelmshaven sind im Berichtsjahr 1400 Arbeiter mehr eingestellt worden. Nach dem Arnberger Bericht herrscht namentlich in den großen Eisen- und Stahlwerken...

Von großartigen Fortschritten wird aus dem Düsseldorf'ser Bezirk berichtet, wo in den letzten beiden Jahren die Zahl der Betriebe um 2000 auf 20 013 und die der Arbeiter um 63 000 auf 517 020 gestiegen ist...

Auch in den Bezirken Koblenz und Wiesbaden haben die beiden Gruppen der Metall- und Maschinenindustrie einen weiteren Aufschwung erfahren...

Ueber die Vermehrung der Zahl der Arbeiterinnen ist bereits einleitend einiges gesagt worden. Dazu wird im Arnberger Bericht bemerkt, daß größere Zunahmen an Arbeiterinnen in der Metall- und Maschinenindustrie infolge Erweiterung einiger größerer Betriebe...

Ueber die Vermehrung der Jugendlichen erzählt man aus dem Bezirk Stabé, daß ihre Zunahme um 10 Prozent fast ausschließlich auf die stark beschäftigte Schiffbauindustrie entfällt...

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1912.

An den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im zweiten Quartal 1912 beteiligten sich 450 Verwaltungstellen mit 533 400 Mitgliedern...

deutschen Schmiede“ zustande, die als Publikationsorgan die Metallarbeiter-Zeitung bestimmte...

In dem Kapitel „Von der Gründung des Verbandes bis zum Ende des Sozialistengesetzes“ werden neben den einzelnen Lohnkämpfen die immer noch fortwährenden Reibungen innerhalb der Metallarbeiterschaft wegen der Organisationsform...

Die Schattten der Vergangenheit lassen wir in ihren uralten Formen an uns vorüberziehen, aber immer in dem großen Bewußtsein: jene Zeiten mit ihren Schöden sind überwunden, und auch wir haben mitgeholfen an diesem Siege.

des Quartals arbeitstägigen Mitglieder am Orte und auf der Reise betrug ebenso wie im ersten Vierteljahr 1,3. In den Landesgebieten mit hoher Arbeitslosenprozentzahl waren wieder die Großstädte ausfallgebend. An erster Stelle steht wiederum Berlin, dort wurden 10 169 Arbeitslosenfälle ermittelt, das sind 11,4 Prozent der Mitgliedschaft. Dann folgen Hamburg mit 2378 Arbeitslosen — 11,2 Prozent, Dresden mit 1937 — 10,4 Prozent, Breslau mit 561 — 8,3 Prozent und Leipzig mit 990 — 6,2 Prozent der dort vorhandenen Mitglieder. Die geringste Arbeitslosigkeit hatten wieder wie im ersten Quartal die Provinzen Rheinland und Westfalen mit 2,4 und 2,2 Prozent. Von den größeren Verwaltungsteilen hatte Stuttgart bei einer Mitgliederzahl von 15 407 nur 127 Arbeitslose — 0,8 Prozent.

Arbeitslosentage am Orte wurden 429 005 gezählt, das sind 101 226 Tage weniger als im vorhergehenden Quartal. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles betrug wie im Vorquartal 15 Tage. Die kürzeste wurde wiederum in Preußen, Sachsen und in den Thüringischen Staaten festgestellt, sie belief sich dort auf 11 Tage, die längste Arbeitslosigkeit hatten Ost- und Westpreußen mit 22 Tagen, die Provinz Sachsen und Bayern rechts des Rheins mit je 18 Tagen.

Ueber die Zahl der Arbeitslosen am Orte, die Prozentzahl der Arbeitslosen zur Mitgliederzahl, die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles und die Prozentzahl der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise am letzten Tage des Quartals in den einzelnen Landesgebieten orientiert folgende Tabelle:

Landesgebiete	Zahl d. Arbeitslosen am Orte		am Ort zum Quart.	am Ort zum Quart.	am Ort zum Quart.	am Ort zum Quart.	am Ort zum Quart.	am Ort zum Quart.
	zusammen im Quart.	am Ort zum Quart.						
Ost- u. Westpreußen, Pommern	453	116	4,4	22	1,2			
Berlin, Brandenburg	10858	2559	10,6	16	2,6			
Posen, Schlesien	873	153	6,6	14	1,4			
Provinz Sachsen, Anhalt	1282	294	3,8	18	1,1			
Schleswig-Holst., Mecklenburg	3010	526	7,5	13	1,7			
Hannover, Oldenburg	1419	354	3,6	14	1,3			
Westfalen	482	78	2,2	14	0,8			
Rheinland	1 002	204	2,4	16	0,8			
Großh. Hessen u. Hessen-Nassau	931	203	3,0	13	0,9			
Bayern rechts des Rheins	2188	400	4,8	18	1,1			
Königr. Sachsen, Thür. Staaten	4 619	646	4,8	11	0,9			
Württemberg, Baden	1568	308	3,2	15	0,8			
Saß.-Lothringen, Rheinpfalz	295	74	3,3	16	1,1			
Zusammen	29045	5914	5,5	15	1,3			

Die Gesamtzahl der am Orte unterstützten Personen betrug im zweiten Quartal 23 169 (im ersten Quartal 21 713), darunter 856 weibliche. Die Gesamtzahl der Unterstützungsstage belief sich auf 368 284, das sind 92 626 weniger als im Vorquartal. Also trotz der erhöhten Zahl der Unterstützungsnehmer ein beträchtliches Sinken der Unterstützungsstage.

Ortsunterstützung erhielten 22 313 männliche Mitglieder für 351 710 Tage 388 769 M. und 856 weibliche Mitglieder für 16 574 Tage 9281 M.

Reiseunterstützung wurden im Berichtsquartal 117 694 ermittelt. Reiseunterstützung wurde in 46 511 Fällen für 112 956 Tage 112 956 M. ausbezahlt, darunter 43 M. an weibliche reisende Mitglieder.

Die gesamte zur Auszahlung gelangte Unterstützungssumme betrug demnach im zweiten Quartal 506 006 M., das sind 58 184 M. weniger als im ersten Quartal 1912 und 87 729 M. mehr als im zweiten Vierteljahr 1911.

**7. Generalversammlung des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes.**

In Dortmund tagte vom 15. bis zum 18. Juli 1912 im „Evangelischen Bürgerhaus“ die Generalversammlung des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes. Die „Christen“ sind ja nach ihrer Generalversammlungsperiode bei dem letzten Bergarbeiterstreik zu schärfsten Ansehen bei den Unternehmern und verwandten Berufsgruppen gelangt. Man heißt mit Grund, daß die ultra montes gewerkschaften und gewerkschaften „unabhängigen“ Christen manneher nicht nur „gehörigste Katholiken“, sondern auch willige Verteidiger der unternehmerischen-kapitalistischen Selbstherrschaft sein werden. Haben ja die M.-Glöckcher laut in die Lande geschrien, wie sehr sie überzeugt sind, daß ihr Gegenüber zur Sozialdemokratie „zu sehr in den Hintertropfen geraten“ sei! So konnten denn die „Christen“ über zu geringen Reichthum erleidener Güte nicht klagen, fand ja auch die ganze Tagung unter dem nennlichen zum christlichen Schläger gestempelten Worte vor der „Gewerkschaftsarbeit“.

Der eigentliche Tagung ging verschiedenes voraus. Die Dortmund. Arbeiter-Zeitung brachte zwei Begrüßungsartikel, die den „Christen“ gar nicht gepas haben. Die „Christen“ ihrerseits hatten die bürgerliche Presse entsprechend mit Entschlossenheit für das wichtige Ereignis versorgt. Die Regie Klappie aber nicht ganz. Der Deutsche Metallarbeiter Jahrbuch in der Nummer 26 vom 13. Juli unter anderem:

Nicht leicht war es den Kollegen, hier (in Dortmund) unserer Bewegung Eingang und Geltung zu verschaffen. Aus der einen Seite einem gewöhnlichen und unangenehmen Unternehmertum, auf der andern dem prinzipiellen Kampf der sozialdemokratischen Richtung gegenüberstehend, wurde jeder Schritt Leichtsinn empfunden. Die Gründung der Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaften reizte die Sozialdemokraten zur Anwendung der unangenehmsten Mittel, um den christlichen Gewerkschaften den Weg zu verlegen. Vergeblich! Mit erlauchten Ansehnen und Opferwilligkeit verteidigten unsere Kollegen die notwendige Agitations- und Anbahnungsarbeit. Die Gründung dieser Arbeit fand außerordentlich. Heute sind im Berichtsquartal Dortmund an 11 000 christlich organisierte Arbeiter beschäftigt. Diese werden sich auch für die Zukunft behaupten.

Hier wird der Nächste erwartet, als ob es sich in Dortmund um 11 000 Metallarbeiter handle. Die Dortmund. Zeitung gemüthliche Treasonia brachte auch die Sache von der erlauchten Ansehnen und Opferwilligkeit bis zu den 11 000 christlich Organisierten. Dann kam aber in der Treasonia folgender Satz:

„Schonlich verhält es sich mit der Einwirkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Derselbe verfügt bis jetzt in Westfalen über 12 000 Mitglieder.“

Damit ist der jährliche Schein verheißt. Die Treasonia handelte da ähnlich, wie wir es einmal bei einer „heiligen Nummer“ im „Hinterhalt“ sahen. Es war zum Belgen. Der Zombenkämpfer hatte einen Schein, der aber bei feineren Beobachtungen so ungenügend zu Werke ging, daß das Publikum hinter all den Scheinplan kam. Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter war in Zukunft die ungenügendsten Scheinplan besser im Auge haben!

Am Samstag vor der Tagung war eine Begrüßungsfeier, bei der der christliche Deutsche Metallarbeiter (Dortmund) ausdrücklich seinen „Stimmabgab“ gegen die Sozialdemokratie betonte und den christlichen Streikbewegung bei der Bergarbeiterbewegung als große Unterstützung gelobt. Als aber Freil — die Vertreter dieses

im Leben nichts — dann weiter glaubte, bei solcher Gelegenheit etwas für die unzufriedenen Arbeiter herauszuholen zu können, fuhr er böse an. Freil sagte:

„Andererseits dürfen wir aber auch erwarten, daß sowohl die Bürgerchaft im allgemeinen und die Arbeitgeberchaft im besonderen dem Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Besserstellung gerecht wird. Das Volkswort“ beruht nicht auf dem Reichthum Einzelner, sondern auf dem Wohlstand und der Zufriedenheit aller Berufstätigen.“

Dann war der Christensekretär so unglücklich, sich gerade den Reichskanzler Bethmann Hollweg zu höchster Unterstützung heranzuholen, was Freil sich nicht bekam. Er meinte:

„Ich darf dabei wohl an die Worte des fehlgen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erinnern, der auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongreß im Jahre 1907 in Berlin die Worte an den Kongreß richtete: „Ich kenne keine größere Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, als die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung.““

Der Dortmunder zweite Bürgermeister Dr. Köttgen hatte auch die damalige Rede Bethmann Hollwegs gut im Kopfe und besonders ihre „Pointe“. Und als der Bürgermeister erwiderte, sprach er also:

„Und wie, meine Herren, kann solcher Ausgleich am besten erfolgen? Auch darin kann ich den Worten des Reichskanzlers folgen: Nicht in dem Kampfe aller gegen alle, des einen Staubes gegen den andern, sondern darin, daß die Arbeiter zwar entschlossen und nicht schwächlich, aber doch gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres Volkes zusammenarbeiten an der Hebung ihres Standes, damit, wie bei dem Frankfurter Arbeiterkongreß gesagt worden ist, unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundtugenden ausgerufen werden, die allein ihre glückliche Zukunft sichern können: Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Zufriedenheit!“

So also geht's: Wenn sich die Christen als Stummbock gegen die Sozialdemokratie anstellen, so ist das gut und fein. Glauben sie aber weiter, dann vom Gewerkschaftsstandpunkt aus freieres Feld zu haben, dann erfahren sie allemal aufs neue, daß sie — Eitel waren. Sie bekommen zu hören: Arbeit tüchtig, seid hübsch zufrieden, sieht euch in die Ausbeutungs- und Kettensordnung und laßt den lieben Gott und den Staat erisverband werten!

Der Bürgermeister soll mit seiner Rede „hübsch“ begrüßt worden sein, wie ja auch seinerzeit Bethmann Hollweg. Da versteht man nicht, was die Christen noch gegen die Reden von „Sig Berlin“ haben können. Nichtsdestoweniger legte aber Giesberts dann wieder gegen die Berliner los, er sprach von einem Gegner, der „seine Pfeile meuchlings aus dem Hintertropfen“ von „Deuten, die Zitate sammeln“ und mit unläuterer Mitteln den christlichen Gewerkschaften „hinterhältig in den Rücken“ ließen. Die „Berliner“ wurden als „Bengelagerer“ bezeichnet. Giesberts erklärte, daß man vorher selbst nicht geklopft habe, die Angriffe „aus dem Hintertropfen“ mit solchem Erfolg, wie geschehen, abzuwehren zu können. Dieses vorläufige Aufsetzen läßt auf die Größe der ausgedehnten Angriffe schließen. Im übrigen kennen die Christen ja das Wort: Kommt ihr Jüdisch, damit wir euch bestrafen! Die M.-Glöckcher haben ja die schätzbare Panier, durch herausgerissene Zitate einen Sinn zu fällen, vielmals schon selbst gegen ihre sozialdemokratischen Gegner aufs knippsellose angewandt und ein System daraus gemacht. Jetzt klagen die Christen, daß sie mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden.

Ihre Generalversammlung stellen die christlichen Metallarbeiter zum guten Theil unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Am Sonntag war schon eine geschlossene Sitzung, in der die Dinge besprochen wurden. Alles war am Montag schon so weit fertig, Vorstand, Kommissionen zc. wurden nur noch „bestätigt“. Selbst als ein Delegierter meinte, es sei doch gut, wenn die Höhe der Diäten mitgeteilt würde, da womöglich nicht alle Delegierten unterrichtet seien, wurde nur geantwortet: „Si Sonntag erledigt worden! Es blieb „geheim“.“

Von den Begrüßungsansprachen erwähnen wir die des Pastors Kiezmier, der eine Gruppe evangelischer Arbeiter vertrat. Kiezmier sprach auch dem Landfrieden in Sachen des katholischen Gewerkschaftsrechts nicht zu trauen, denn er meinte, hoffentlich würden die christlichen Gewerkschaftsführer bei ihrer Abwehler der Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften helfen, auch wenn sie von Zuzuhilfen kämen, die mehr zu bedeuten hätten als „Sig Berlin“!

Der Geschäftsbericht für die beiden Jahre 1910 und 1911 lag in einem Bande von 359 Seiten vor. Auch im Bericht wird konstatiert werden, daß gegenüber der verteuerten Lebenshaltung, den gestiegenen Lebensmittelpreisen und Wohnungsmietzinsen zc. die Lohnaufbesserungen noch viel zu wünschen übrig lassen. Selbstverständlich hätte es im Gewerkschaftsjahre gelegen, im Interesse der geduldeten Arbeiter darauf hinzuwirken, wo denn die verteuerte Lebenshaltung ihre Ursachen hat. Aber unter dem Zwange ihrer zwar nicht geist, wohl aber selbstgewählten Abhängigkeiten läßt man diese wichtige Frage unerörtert. Die Zahl der Mitglieder wird mit 43 302 am 31. Dezember 1911 angegeben. Im übrigen befreit sich der Bericht wieder mit der bestellten Prozentrechnung, mit der man sich über die fehlenden Größen hinwegsetzt. Im Bericht werden von Seite 75 bis Seite 92 Mitteilungen über Lohnbewegungen gemacht, wobei man sich ungenügend in den Schatten des „großen Bruders“ legt, ohne dies in der Regel auch anzugeben! Angehängt der schätzbaren Haltung der Christen beim Ruhrbergarbeiterstreik und ihrem köstlichen Geistes über „Lohnbewegung“ ist es angebracht, aus dem christlichen Geschäftsbericht die Vorgänge bei einem Streik in M.-Glöckch (Eisenbahnunfallbauanstalt und Eisenindustrie Scheidt & Bachmann) zu erwähnen. Im Geschäftsbericht heißt es darüber:

Am Montag den 7. August marschirten vom Güterbahnhof in M.-Glöckch circa 30, durch ein bekanntes Streikbrecherbureau angeworbene Arbeiterwillige auf den Betriebs zu. Der übliche Aufzug dererigen Arbeiter — zweifelhafte Gesellen mit zum Teil gelackten Kleidern, unästhetisch und ohne Gesichter, Hölzer und Holzgeräthe — löste natürlich heftige Anfechtungen der „nützlichen Elemente“ an diesem Abend aus dem Betrieb heraus mehrere Kettenscheitler angeheuert, wiederholte sich die Aufstellung am Dienstag und einige Stunden später bei den zu Steinern gewordenen. Eine Verlesung irgend eines Zeichens ist nicht vorgesehen, demnach wurde in den Gewerkschaften eine systematische Einwirkung ausgeübt. Die schätzbare Zeitung schrieb von Unbotmäßigkeit, „Landesfriedensbruch“, das Berliner Tageblatt entbehrte „Angriff“ in M.-Glöckch und die Rheinisch-Westfälische Zeitung redete von „Revolution in M.-Glöckch“. Durch diese Kundgebungen wurde versucht, die Polizeigewalt maßlos zu machen und ein Beheben des Streikpostens zu erwirken.“

Der Streik mußte auch vier Stunden abgebrochen werden. Alles, was hier den Scharfzünglern vorgelesen wird, haben die Christen in tadelndem verächtlicher Haltung bei dem Bergarbeiterstreik in Ruhrgebiet selbst gemacht!

Von der Staatseisenbahnverordnungsverordnung heißt es, daß sie „bekanntlich“ eine Verminderung der überlangen Arbeitszeit mit einer Einschränkung des Ueberstundenbewusstseins in der Scharfzünglerbewegung einbringen“ sollte, daß sich diese Verordnung aber nicht erfüllt habe. Die Metallarbeiter-Zeitung fand bei der Bekanntgabe der Schwebungsverordnung keinen Grund zu dieser Erörterung.

Ueber das „Abkommen“ mit dem Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter heißt es im Bericht (Seite 223):

„Es wird noch einer gewissen Uebergangszeit bedürfen, bis die alte Kampfesstellung beiderseits abgeschliffen und die Funktionäre sich im Sinne obiger Vereinbarungen (unter andern: Angriffe persönlich oder sachlich verletzender Art zu vermeiden, Auseinandersetzungen mit parlamentarischer Form zu führen) zurechtgefunden haben. Störend hat der Bergarbeiterkampf eingewirkt, wo die Christen-Dunder'schen und die christlichen Vergleiche im entgegengesetzten Lager standen und sich gegenseitig aufs heftigste bekämpften. Die Vereinbarungen werden nur aufrecht zu erhalten sein, wenn auch in den überlängten Berufen eine bessere Verständigung und Annäherung möglich ist, weil die Streitfälle in der einen Organisation sofort auf die anderen übergreifen und so die besten Uebereinigungen über den Haufen rennen.“

„Störend“ hatte vor allem schon eingewirkt, daß die Zentrums-Kristen bei den Steuerfragen widerprüchlos am Kartens des Fiskus-Kloßes zogen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß es den Christen gelingen wird, die Hirsch-Dunder'schen Arbeiter schnapshochkommen zu machen, und die Zentrums-Kristen dürfen ja nicht anders.

Der Vorstehende W i e d e r wies zum Geschäftsbericht auf die Feuerung hin, die den Reallohn gesenkt habe. Eine Ausgleichung durch Erhöhung der Löhne sei nicht auf der ganzen Linie gelungen. W i e d e r sprach manches von der Dürre und der Mitternacht des vorigen Sommers und er hofft auf eine bessere Ernte. Unter dem Zeichen der „Gewerkschaftsarbeit“ wird ja besonders oft betont, daß die Arbeiter kein Interesse an niedrigen Preisen hätten, weil bei höheren Preisen nach dem Plinkum der Christen auch die Arbeiterlöhne steigen. Der letzte Bergarbeiterstreik war nach W i e d e r „schlecht“, weil die Geschäftslage „schlecht“ war. Zu seinen auf die Agitation zu schickenden Männern aber erklärte W i e d e r: Wenn die Arbeiter in den Jahren 1912 und 1913 nichts für sich herausholen, dann ist es wieder um fünf Jahre zu spät! „Sonsther“. Und es ist ja Unfuss, ein mechanisches Steigen der Löhne bei höheren Preisen anzunehmen. Da spielen viele Umstände mit, über die die Christen nicht gerne reden. So werden die Arbeiter der chemischen Industrie, die W i e d e r ja auch für seinen Verband gewinnen will, gottschämlich bezahlet, während die Unternehmer recht fetter Gewinne einfahren. Andererseits haben die Arbeiter auch in Betrieben, die nicht besonders gute Gewinne abweisen, doch durch ihre Organisation einen verhältnismäßig günstigen Anteil am Arbeitsertrag erkämpft. Den Christen muß man diese bestehenden Wahrheiten immer wieder vorhalten, wenn sie die Dinge verwechseln.

W i e d e r meinte, die Regierung möge gegenüber den Unternehmern der Schwerindustrie, wenn sie bei der Frage eines besseren Pflanzarbeitervertrages so halbsattig blieben, einmal vorgehen, wie gegen den bekannten antinationalen Fabrikdirektor im Elsaß. Wenn da die bürgerlichen Parteien ihre Macht nicht ausnützen wollten, kann W i e d e r lange warten. W i e d e r sah auch an, daß die Unternehmern der Schwerindustrie — Sozialdemokraten seien, sonst könnte man sich kaum erklären, daß die Dortmund. Sozialdemokratie schuld sein soll an dem geringen Steigen der Löhne in diesem Bezirk. In Westfalen sind ja die Zentrumskräfte die Freunde der Großindustrie im Bezirk. Das Zentrum wollte herbeisegern mit den Scharfzünglern bei der Reichstagswahl teufelwecheln und damit die Unternehmernmacht bewahrt stärken. Die Zentrumskräfte waren da sogar mit im Bunde!

W i e d e r forderte seine Leute auf, mehr mit öffentlichen Versammlungen zu arbeiten, was ja leichter gesagt als getan ist, wie W i e d e r aus seinem eigenen Bezirk wissen könnte. Dabei entschloß sich ihm das Eingeständnis, daß große Organisationen mit Hunderttausenden von Mitgliedern schon durch ihre eigene Schwerkraft wirken! Während doch sonst immer geschwibelt wird, wie der Einfluss der Sozialdemokraten immer kleiner werde, je mehr Massen sich ihnen angeschlossen! Natürlich dürfte auch das Terrorismusgeschrei nicht fehlen. W i e d e r warnte aus, wie schwer es die Christen hätten, sich gegenüber den „roten Brüdern“ zu behaupten. In Rheinland-Westfalen bedeuten die Christen etwas“, rief W i e d e r, wieder unvorsichtig, denn in den Worten lag das Eingeständnis, daß die Christen in übrigen Reich nicht etwas bedeuten. Und noch eine Wölfe gab sich der Vorstehende in seinem unerklärlichen Heidecker. Die Christen müssen nämlich auch die Beiträge erhöhen. Da meinte W i e d e r: „Wenn Sie Pfennigfuchser sind und bleiben, dann werden Sie für immer zur Ohnmacht verurteilt sein!“ Also nicht nur jetzt!

Außer mit der Sozialdemokratie baute sich W i e d e r auch im Schwelche seines Angeklagten mit den christlichen Brüdern von „Sig Berlin“ herum. Einmal ließ es, die Sozialdemokraten sollten ja nicht glauben, daß sie Zuwachs bekämen, wenn den katholischen Arbeitern verboten würde, den christlichen Gewerkschaften weiter anzugehören. Dann aber wurde von dem „Schwelmeglied“ geredet, daß die „rote Partei“ wieder habe, wenn die Christen gehörigste Katholiken sein müßten!

Von der Aussprache über den Geschäftsbericht haben wir soeben für unsere Verbandskollegen herbor. Schmitz (Köln) sprach für einen besseren Schutz der Arbeiter in der Sprengstoffindustrie. Buchner (Hannover) bemerkte im Geschäftsbericht die Feststellung, wie weit die Unternehmer die Aktienkapitalien erhöht haben, um die Gewinne derart künstlich scheinbar nicht gar so hoch anschwellen zu lassen. Buchner verzapfte eine sonderbare „Wittenshaft“. Er meinte, wo die Christen Einfluss hätten, da sei es mit den Arbeitsverhältnissen weit besser bestellt, als wo die Sozialdemokratie am stärksten sei! Da müssen die Arbeiter ja in alten Zeiten, wo es noch gar keine Sozialdemokratie gab und wo die Angestellten gleich geschmort wurden, rein im Schlaraffenland gewesen sein! Buchner hat an der Aufforderung, mehr mit großen Versammlungen zu arbeiten, manches auszusetzen. Er möchte ja wohl ganz gern, indes hat die Sache ihren Haken. Die dann in diese Versammlungen kommen, sind — rot! „Da muß man schleunigst Schluss machen, wenn man nicht die ganze Versammlung den Gegnern ausliefern will!“ Buchner erzählte, wie die Christen bei der letzten Lohnbewegung in Hannover vom Deutschen Metallarbeiter-Verband „geleimt“ worden seien und daß er in Zukunft sein Verhalten „anders einrichten“ will. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband stellt Buchner „zu hohe“ Forderungen. Der Delegierte erklärte auch, daß ein großer Teil der evangelischen Arbeiter immer noch die Befürchtung gehabt, ob es mit dem christlichen Gewerkschaftstreik auch gut gehen werde.

Fitzinger (Essen) berichtete von guten Fortschritten. Er erklärte, daß das Verhältnis der Unternehmern zu den Christen in seinem Bezirk nicht besser geworden sei. Es sei selbstverständlich, daß nur durch schwere Kämpfe etwas erreicht werden könne. In einer Resolution verlangte Fitzinger Berufsvereinigungen für die Draht- und die Erzwärmerarbeiter, um damit die Grundlage zu schaffen für eine Verbesserung der Lage dieser Arbeiter. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Kampf um die Einheitsorganisation in Rheinland-Westfalen aussetzen wollten, rief Fitzinger mit Recht, dann würden sie auf Granit heizen.

Partmann (Hannover) sang das Lied von vor zwei Jahren wieder. Es ist kaum etwas zu machen. Er ist mit den öffentlichen Versammlungen wohl anders daran als Buchner, aber nicht besser. Bei Partmann kommen nämlich auch die Sozialdemokraten nicht in

seine Versammlungen, so daß dann überhaupt kein Volk vorhanden ist! Die Hamburger Arbeiter sind dem Christen „zu materialistisch“, sie fragen wenig danach, ob „eine unsterbliche Seele ein jeder“ hat und ob sie ewig leben, wie Seine fragt, „von Leber oder von fetter Leinwand“ ist. Sie haben halt kein Christentum. Hartmann war jetzt nach zwei Jahren noch immer verschlüsselt, weil die Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Würdigung der vorigen christlichen Generalversammlung auch den Wunsch Hartmanns, daß im christlichen Verbandsblatt die Bildungsbestrebungen besser unterstützt werden müßten, weitergetragen und ihn für berechtigt erklärt hatte. Die Auffassung der Arbeiter glaubte Hartmann mit dem Sprüchlein, das er angehängt von einem haben gehört haben will, „richtig“ gekennzeichnet zu haben: „Wenn wir nicht streiten dürfen, bekommen unsere Führer Backpfeifen; wenn wir streiten dürfen und wir gewinnen nicht, bekommen sie auch Backpfeifen. Großartig, wie? Hartmann verlangte wieder mehr Artikel über Gewerbehygiene, Wohnungs- und fachtechnische Fragen im Verbandsblatt. Koffentlich, meinte er, werde es nicht wieder „demagogisch ausgeschlachtet“. Auch K o n r a d (Münster) erklärte, daß die Christen gegenüber dem großen roten Verband nur sehr vorsichtig vorgehen könnten.

Sehr bemerkenswert waren die Ausführungen von G z o r a (Kattow) über die Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien. Gzora führte, ohne Mißtraut vermunkelt, recht treffend das einfältige Gebete über die Schul der Sozialdemokraten an den schlechten Arbeitsverhältnissen ab. Oberschlesien ist ein gar frommes Land, wo besonders auch die christlichen Zentrumsgruppen unter die Großunternehmer gegangen sind. Und keine starke Sozialdemokratie „hinüber“ die Patentkristen jeder Sorte, ihrer Arbeiterfreundlichkeit in weitgehendster Weise zu genügen. Und wie sieht es aus im frommen Oberschlesien? Schauderhaft! Nicht wir allein sagen es, hören wir nur den christlichen Delegierten aus Kattow: Russisch ist die Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer. In Pred und Speel gehen die Arbeiter von der Fabrik nach Hause. Badeanstalten stehen da als Staffage, der „Bademeister“ geht um 6 Uhr nach Hause und schlief ab; die Hüttenleute aber müssen Überstunden machen bis in die Puppen, sonst werden sie entlassen. Zerlumpt und zerfleischt laufen die Kinder herum, und da die frommen oberchristlichen Arbeiter so furchtbar fruchtbar sind und wissen, was die Straße da von ihnen verlangt, haben die Unternehmer immer willige Arbeitskräfte in Hülle und Fülle. Trotzdem ziehen die frommen Unternehmer noch ausländische Arbeiter ins Land. Selbst als die Arbeiter in einem Falle erklärten, auch so billig arbeiten zu wollen, wie die Ausländer, wurde ihnen bedeutet, daß nur Ausländer eingestellt würden! Dabei erreicht der Durchschnittslohn der oberchristlichen Hüttenleute keine 1000 M! Ja, geht nach Oberschlesien, dem Zentrum und Junkerort, wenn ihr wissen wollt, wie es in einem christlich beherrschten Landstrich aussieht, wenn ihr wissen wollt, was Kirche und Zentrum für die Arbeiter tun! Die „Kollegen“ im Reichstag müßten doch endlich einmal ein energisches Wort für die oberchristlichen Arbeiter einlegen! So hat der Delegierte aus Kattow. Die Zentrumsmänner werden sich auch in Zukunft halten, wie sie bisher nichts getan haben, um den Jammer der verrotteten oberchristlichen Zustände aufzudecken und abzupflügen. Eine Straße hoch der andern kein Auge aus. Die Sozialdemokratie hingegen hat oft genug auf die geradezu empörenden Verhältnisse hingewiesen, wir erinnern nur an unsern Kollegen Otto S u e, den die verblenden und irreführenden christlichen Arbeiter aus dem Reichstag herausgewälzt haben!

Wie wenig die Zentrumschristen mit den oberchristlichen Zuständen Staat machen können, ist auch daran zu erkennen, daß zum Beispiel die Merikale Dortmund'er T r e m o n i a, die die Christenfassung sehr verberlichte, die ergreifende Klage aus Oberschlesien mit folgenden Zeilen abtut: „... während Herr Gzora (Kattow) sich eingehend mit der Lage der oberchristlichen Industrie befaßt; nur wenn gleich starke Arbeiterorganisationen den Organisationen der oberchristlichen Industrielassen gegenübergestellt würden, sei es möglich, das harte Los der Arbeiter dort zu mildern.“

Das ist alles und sagt doch so viel! — Der Stuttgarter Delegierte hielt sich darüber auf, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband dabei ist, die Unternehmer bei ihrem Bestreben, Gelde zu plücken, zu hindern und Verwirrung in das gegnerische Lager zu tragen. Vom Gewerkschaftsstande ausgehend ist das eine selbstverständliche Sache, der Stuttgarter Christ sprach aber mit gut geübter Enttäuung davon, daß der rote Verband „die öffentliche Mäße als gewerkschaftliches Kampfmittel proklamiert“ habe. Zielteht ist der „Entscheid“ so ein Schlachtopf und teilt den Unternehmern auf eine Frage hin auch mit, wann ein beachtlicher Kampf sie treffen soll, damit sich die Unternehmer danach einrichten! Der Redner ist auch überzeugt, daß, da die Großstädte rot seien, in Zukunft mehr aufs Land gegangen werden müssen.

Auch W i n t e r (Wesfen) hat den Bericht der Metallarbeiter-Zeitung über die vorige christliche Generalversammlung immer noch im Magen liegen. Winter brachte eine Resolution ein, wonach in Zukunft im Geschäftsbericht die Spekulation mit Grund und Boden entsprechend gewürdigt werden soll. Das Verlangen hatte ja an sich wohl Hand und Fuß; Winter wies darauf hin, wie durch die wucherischen Spekulationsstreiberien der Arbeitslohn weniger kaufkräftig gemacht werde. Aber trotzdem ist die Sache für die Christen recht brenzlich. Die Christen wollen ja im Schatten der „gegenwärtigen Rechts- und Gesellschaftsordnung“ ihr magere Stüpplein kochen, sie wollen diese verkehrte „Ordnung“ ja auch gegen die bösen Sozialdemokraten verteidigen, ja, sie müssen es, wenn sie weiter existieren wollen. Die Aneignung von Werten ohne eigene Arbeit ist aber doch die Grundlage der heutigen Renten- und Ausbeutungswirtschaft!

Der O f f e n b a c h e r Delegierte konnte auch wenig von schönen Fortschritten berichten, desto mehr aber von Schwierigkeiten durch den starken roten Gegner. Der Redner gab sein Urteil dahin ab: Die Arbeiterchaft in seinem Bezirk ist wohl sehr intelligent, „aber“ auch sehr rot! In den Städten ist nicht mehr viel zu holen. Der Delegierte ist recht ungehalten, daß die Unternehmer die Christen höchstens entsprechend dem doch bei den Christen sonst so beliebten Prozentverhältnis an „Stühle“ einpflanzen und das christliche Firmenbild rein für nichts achten. Sogar ein Gendarm hat dem Christen Schwierigkeiten gemacht. Ist so etwas erhört bei dem „machwollen“ Einfluß der Christen? Ein Geistlicher hat dem Offenbacher bei seiner schweren Agitationsarbeit helfen wollen, wobei man wieder zu hören bekam, daß der Grund dafür nicht in einer Förderung der Gewerkschaftszwecke lag, sondern in der Furcht vor der Sozialdemokratie.

Der aus C h e m n i t z geschickte Vertreter äußerte den christlichen Wunsch, daß mehr Bestrafungen von Arbeitern wegen „Terrorismus“ erfolgen müßten und er regte sich darüber auf, daß ein solches Verbot nach einer Anzeige eines Angehörigen außer Verfolgung gesetzt habe, weil es keinen Fehl an ihm fand! So sind die neuen Christen. Auch der Chemnitzer Delegierte fand keinen Spieß an der Sache, daß die Christen in seinem Bezirk nur entsprechend ihrem Prozentverhältnis eingeschätzt werden, wenn es Lohnkommissionen zu bestimmen gilt. Der Redner meint, in der Praxis könne das den Sozialdemokraten zugute. Das wird stimmen.

es bedarf aber gar nicht so vieler Worte zur Schilderung dieser Selbstverständlichkeit. Weil den Unternehmern die Gelben immer noch lieber sind als auch die neuen Christen, wurde gefolgert, daß das Wort von den „schlimmeren“ Christen immer noch zutrefte. Es hat ja im Ernste nicht einmal früher zutroffen.

K e t t e n h o f e n (Saarbrücken) kam auf das Wort L i e b e s von der „Expreserbande“ zu sprechen und auch er bewies damit, daß, so „liebe“ Kinder die Christen den Unternehmern auch werden, wenn der freien Gewerkschaften bei ihren Kämpfen mit dem Unternehmertum die möglichsten Schwierigkeiten gemacht werden, doch der Saß der Unternehmer gegen jede Arbeiterorganisation der gleiche bleibt.

Es ist beim christlichen Metallarbeiterverband nichts neues, wenn der Vorsitzende W i e b e r recht eigenmächtig verfährt. Die Aussprache über den Geschäftsbericht wurde denn auch mehr erdrückt, als regelrecht zu Ende gebracht. Einem Redner nach dem andern wurde ins Wort gefallen, ohne jeden geschäftsordnungsmäßigen Grund. Aber keiner muckte. Gehoriam ist des Christen Schmauch!

In seinem Schlusswort wandte sich W i e b e r im wesentlichen gegen die Resolution Winter, in der der Vorsitzende mit Grund „Fußangeln“ bemerkte. W i e b e r redete sehr viel, um über den Kernpunkt in der gefährlichen Resolution wegzukommen. Er fand sie unannehmbar und ersuchte, sie zurückzuziehen oder umzuändern. W i e b e r meinte des weitern, die durch Spekulation angelegneten Summen gingen ja auch „wieder in die Volkswirtschaft zurück“ und Hunderttausende Arbeiter bekämen dadurch Arbeit! Danach wäre der Reichthum Deutschlands von den Spekulantn gekommen. Daß die deutsche Eisenindustrie die Englands eingeholt hat, ist das Verdienst der — Spekulantn zc. Indes konnten die weisichweiligen und wenig zutreffenden Ausführungen W i e b e r s die Tatsache ja nicht aus der Welt schaffen, daß die armen Arbeiter arm geblieben und daß dagegen die Reichen noch um vieles reicher geworden sind.

Bei den A b s t i m m u n g e n wurde unter andern in einer Resolution jedes „religiöse Ausnahmegesetz für Arbeiter“ zurückgewiesen. In einer andern Resolution wurden gegen den „Terrorismus“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G e g e n m a ß n a h m e n a n g e k ü n d i g t.

Ueber die B u n d e s r a t s v e r o r d n u n g für die Großenindustrie sprach G i e s b e r t s. Das Dortmund'er Zentrumsblatt berichtet falsch, wenn es Giesberts ausführen läßt: „Durch das Wirken des christlichen Metallarbeiterverbandes, der als erste Organisation schon seit 1904 für den Ausbau des Arbeiterschutzes in den Hütten- und Walzwerken eingetreten ist zc.“ Giesberts war vorichtig und er machte den Prioritätschwandel nicht mit. Er erklärte, der christliche Metallarbeiterverband habe mit zu den ersten gehört, die sich mit der Frage eines besseren Hüttenarbeiter-schutzes befaßt hätten. Mit zu den ersten. Würde Giesberts den christlichen Verband für den ersten halten, so hätte er es zu besserer Glorifizierung der Christlichkeit sicher auch gesagt. Also war der christliche Verband nicht der erste. Soffentlich ist die zentrumschristliche W e r damit nun endlich zu Grunde getragen. Ob die T r e m o n i a in Dortmund ihren Bericht von der christlichen Leitung hat, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß das amtliche Kreisblatt, die D o r t m u n d e r Z e i t u n g, sachgemäß berichtet, wie wir. Der Bericht in der Dortmund'er Zeitung über die Rede Giesberts beginnt: Er führte etwa aus: Seit dem Jahre 1904 beschäftigt wir uns regelmäßig auf unseren Generalversammlungen mit der Frage des Arbeiterschutzes in den Hütten- und Walzwerken, kurz ausgeführt: in der schweren Industrie. Unser Verband ist mit in erster Linie mit der energischen Forderung, für diese Arbeiterkategorie die unhaltbaren Zustände zu beseitigen, hervorgetreten zc.“ Mit in erster Linie.

Giesberts erörterte die Ergebnisse der Fabrikinspektorenberichte und er kam auf sein ja reichlich spät erfolgtes FiasKawort im Reichstag zu sprechen. Etwas bestreben könnte die Erklärung Giesberts, daß er „von den parlamentarischen Vorgängen ganz absehen“ wolle, wenn nicht bekannt wäre, daß das Z e n t r u m bei einer solchen Erörterung schlecht wegkommen würde. Und der kluge Mann baut vor! Wenn Giesberts im weiteren dem anwesenden Abgeordneten B e h r e n s zurief: „Franz, du weißt ja, wie schwer es mit der Sozialpolitik vorangeht“, dann wäre die Frage, welche Parteien denn daran schuld sind und weiter, warum Behrens und Giesberts die Nähe solcher Parteien nicht schleunigst fliehen! Das vom Deutschen Metallarbeiter-Verband neu herausgegebene umfangreiche Werk: „Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ nannte Giesberts eine „sehr fleißige Arbeit“, aber, so hieß es weiter, die „Knappen“ Broschüren W i e b e r s seien noch besser, denn, hört und faunet: das diese Buch sei zu teuer und werde deshalb nicht einmal von den Vertrauensleuten gelesen! Das nennt man ein durchschlagendes Charakteristikum! Dabei ist das Buch vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in großen Massen zu sehr hülfem Preise an seine Mitglieder abgegeben worden. Über etwas muß ja der kleine christliche Verband auf jeden Fall bar dem „großen Bruder“ voraushaben, und kann es die „Priorität“ nun einmal nicht sein, dann muß eben die Dummheit der Broschüren gehalten. Auf diese Art kommt auch der Gummur zu seinem Recht. Die Arbeiter der Hüttenwerke durch Zwangsgesetz — nach dem Vorschlag Brentanos — zu organisieren, hieß Giesberts nicht für ausführbar und er stellte Verweigerungsansprüche der Arbeiter in Aussicht, wenn die Unternehmer der Schwerindustrie nicht endlich einlenkten. Die öffentliche Meinung, hieß es weiter, müsse für die Hüttenleute warmgehalten werden, wobei einzuwerfen ist, daß die gesamte bürgerliche Tagespresse da so gut wie gar nichts tut. Trotz dem ausgeschwindelten „großen“ Einfluß der Christen! Zum Schlusse forderte Giesberts internationales und nationales Eingreifen der Gesetzgebung. Da wird sich ja zeigen, ob das Z e n t r u m die Regierung auch so bedrängt, wie etwa bei der Erbschaftsteuer.

Giesberts kam auf die sonderbare Idee, das Buch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einem Gegensatz zu finden mit früheren Erklärungen, daß die Verhältnisse ohne langwierige Untersuchungen für ein Einschreiten der Gesetzgebung genügend geklärt seien. Das waren sie auch. Es schließt aber doch gar nicht aus, daß das verlebende Material nicht noch schwerwiegender gefaßt werden darf. Auch fand Giesberts an dem Werk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Großenindustrie auszusagen, daß es die Ueberlegenheit der englischen Hüttenwerke in technischer Hinsicht falsch dargestellt habe.

Eine dem Vortrag Giesberts entsprechende Resolution wurde am folgenden Tage angenommen, bei geschlossener Sitzung. In der Resolution wird als notwendig im Interesse der Arbeiter festgelegt, daß 1. die während der Arbeitszeit in einer Gesamtdauer von zwei Stunden vorgesehenen Pausen so geregelt werden, daß eine Pause von einer Stunde in die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr, die übrigen zu je einer halben Stunde zwischen 8 bis 9 Uhr und 3/2 bis 4/2 Uhr fallen, festgelegt werden; 2. die Anrechnung etwaiger natürlicher Arbeitsunterbrechungen auf die Gesamtdauer der Pausen in Wegfall kommt; 3. die zwischen zwei Arbeitszeiten vorgeschriebene ununterbrochene Ruhezeit mindestens zehn Stunden innerhalb eines 24stündigen Tages beträgt; 4. eine Bestimmung, die die Höchstgrenze der in Ausnahmefällen zulässigen

Ueberstunden festsetzt, in die Bekanntmachung aufgenommen wird; 5. Ausnahmen von den Bestimmungen nur in bringenden Notfällen unter sofortiger Bekanntgabe an die Gewerbeinspektion geübt werden; 6. den Gewerbeaufsichtsbeamten zwecks wirksamer Durchführung der Verordnung Hilfskräfte aus dem Arbeiterstand beigegeben werden.“

Am Schlusse der Resolution heißt es: „Die Generalversammlung begrüßt und unterstützt mit allem Nachdruck die Bestrebungen der internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiter-schutz“ und der deutschen Sektion derselben, der „Gesellschaft für soziale Reform“, eine internationale Verständigung unter den Eisen produzierenden Ländern zwecks allgemeiner Einführung der Achtstundentag herbeizuführen. Sie erwartet von der deutschen Reichsregierung, daß sie 1. die Initiative der internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiter-schutz“ in der Achtstundentage unterstützt und fördert und 2. daß sie unbeschadet der Erfolge dieser internationalen Bestrebungen baldmöglichst eine Reform der Großenindustrie durchführt, welche die schreienden Mißstände in der schweren Eisenindustrie wirksam beseitigt.

Zu dem Tagesordnungspunkt: „Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“ hatte man sich zwei Referenten verschrieben, einen Dr. W e u ß (M.-Labbad) und den Handelskammersekretär Dr. W o y e (Hagen). Die Vorträge der beiden Herren hat man besonders von der Frage aus zu beisehen, was die christlichen Arrangure damit bezwecken. Vorerst muß man hören, wie die Referenten ihr Thema abhandeln. Da müssen wir gleich sagen, daß das Thema richtiger gelautet hätte: D e u t s c h l a n d s Z o l l - u n d H a n d e l s p o l i t i k v o m S t a n d p u n k t d e r G r o ß e i s e n i n d u s t r i e u n d d e r F e r t i g w a r e n - u n d K l e i n e i s e n f a b r i k a n t e n. Zwar sprachen beide Redner viel von der Nation und von der Allgamineinheit und sie verwarften sich dagegen, der eine, die Interessen des Stahlwerksverbandes, der andere, überhaupt Unternehmerinteressen zu vertreten. Aber in den Mantel des „S e i n e i n t o h l s“ hüllte sich die alle Interessentpolitik. Dr. W e u ß sprach zwei Stunden lang. Er fand alles wunderbarlich an „unserm“ Zollsystem, und was sonst häßlich schien, machte er mit schönen Farben. Aus dem enormen Steiger der Mindestpreise wurde geschlossen, daß „wir“ eben zu einer höheren Stufe der Lebenshaltung aufgestiegen seien. Bei den Zoll- und Steuerreformdebatten wurde ja auch beisehen, wie reich Deutschland ist und wie leicht „wir“ demnach mehr Steuern zahlen könnten. Reich sind aber da doch nur die Reichen, der Arbeiter bekommt von der schönsten Durchschnittsrechnung noch keinen Pfennig in seine eigene Tasche. Er sieht wohl bei der Rechnung, daß „Kindfleisch und Pfannen ein schön Gerich!“ sind, er kriegt aber nichts davon. Für die Herenkassierung ausländischen Fleisches war Dr. W e u ß so halb und halb, in der menschenfreundlichen Annahme, daß das „gute“ Fleisch doch nicht im Preise sinken werde! Bei der Schilderung der Gegenstände im Unternehmerlager fand der Referent am Ende doch immer wieder, daß den Großenkapitalisten und dem Stahlwerksverband im wesentlichen nichts übles nachzusagen sei! Wenn die reinen Werke so schlecht ständen wie sie angäben, erklärte der Redner, dann sei doch nicht zu verstehen, daß die großen gemischten Werke auch die Fertigfabrikation übernehmen! Was soll man zu einem derart „zwingenden“ Schluß sagen?

Der zweite Redner, der von Hagen, einem der Kleinisenindustrie-gebiete, kam, fand lange nicht alles so rosenrot. Er hätte genügend gegen die Agrarier und gegen die Preispolitik der großen, gemischten Werke vorzubringen. Der Redner kam darauf zu sprechen, daß ein sozialdemokratisches Blatt von den beabsichtigten Referaten Mitteilung gemacht und geschrieben habe, die Handelskammern vertreten kapitalistische Interessen. Das wollte Dr. W o y e nicht wahrhaben und er sprach wieder von den Interessen der Allgamineinheit. Der Referent meinte, wenn das Ausland auch die Zölle abtrage, wäre die Sache eine andere. So aber will der Handelskammersekretär notgedrungen im Rahmen des bestehenden Systems für seine Industrie das Mögliche herausziehen. Schon hat der Redner vor der Öffentlichkeit, er meinte, die Beteiligten müßten die Differenzen selbst unter sich austragen und nicht damit an die Öffentlichkeit gehen. Woge toes darauf hin, daß durch das Untergekommen gegen die Agrarier der amerikanische Markt für die deutsche Kleinenisenindustrie so gut wie gesperrt sei. Ähnlich sei es mit Frankreich. Derartige Klagen lehnen ja in den Berichten der Handelskammern vielfach wieder.

Beide Referate wurden sonderbarerweise tüchtig be-lätscht. Daß der Vorsitzende W i e b e r nichts gegen die Verherrlichung der Preispolitik des Stahlwerksverbandes einzuwenden hatte, ist verständlich, wenn man nach den Gründen für die ganze sonderbare Aktion sucht. Ob allerdings diese neuartige Barrierung des Schlagwortes von der „Gewerbesolidarität“ die Unternehmer in beiden Lagern, die Schwerindustriellen und die Fertigfabrikanten, in ihrem Eifer für die Gründung von gelben Gewerkschaften erlahmen und die neuen Christen nun als „hollwertigen“ Erbs gelten lassen, ist eine weitere Frage! Und dann folgt noch nach, was die christlichen Mitglieder zu solcher Art „Gewerkschaftsarbeit“ sagen, wenn sie von unseren Mitgliedern von den Dingen unterrichtet werden.

Aber ganz ohne Widerspruch konnte Dr. W e u ß doch nicht abgehen. Es war der als Gast anwesende Abgeordnete W e d e r (Münster), der W i e b e r das Konzept verwarf. Zwar fand auch W e d e r das Zollsystem vorzüglich, er hatte aber doch an der Preispolitik des Stahlwerksverbandes viel auszusagen. Die Preispolitik des Stahlwerksverbandes, rief er, sei für unser gesamtes Wirtschaftsleben ein Schlag ins Gesicht gewesen!

Der Referent erwiderte, er habe „nur in die Technik einführen“ wollen. W e d e r schneite aber den Eindruck gehabt zu haben, als sei er (W e u ß) als Agent des Stahlwerksverbandes aufgetreten! Das sei ihm nicht eingefallen. Daß dieses „Mißverständnis“ aufkommen konnte, genügt zur Kennzeichnung der Ausführungen des Dr. W e u ß auf der christlichen Gewerkschaftstagung!

Giesberts meinte am Schlusse, er und W i e b e r wären feinerzeit nicht so sehr aneinandergeraten, wenn sie früher schon so vorzügliche Referate gehört hätten! In den Armen lagen sich beide und winkten vor Nührung und Freude!

Für den Donnerstag war nach den an die hiltgerliche Presse versandten Vorarbeiten auch wieder eine geschlossene Sitzung vorgezehen. Indes kam die Sache schon eher anders. Einem Berichterstatter sozialdemokratischer Zeitungen hatte man schon seitige Lebenswirklichkeiten angehört, weil der Mann in seinen Berichten vom christlichen Schema abwich. Am Ende wurde schon vom Mittwoch an die Öffentlichkeit der Verhandlungen völlig ausgeschlossen! So wurden die Punkte 5: Beratung der gestellten Anträge, 6: Agitation und Propaganda, 7: Wahl des Vorstandes und des Ausschusses und 8: Verschiedenes geheim verhandelt. Die Öffentlichkeit ist darauf angewiesen, was der Duisburger Deutsche Metallarbeiter darüber offenbaren will!



# Rundschau.

## Gewerkschaftliches.

**Textilarbeiter.** Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hielt vom 17. bis zum 22. Juni in Stuttgart seine erste Generalversammlung ab. Der Verband hatte am 31. Dezember 1911 in 316 Vereinigungsklassen 131 426 Mitglieder, davon 48 446 weibliche. Der Verband hat in den letzten zwei Jahren um 27 126 Mitglieder zugenommen, was um so höher anzuschlagen ist, als die Textilindustrie an dem geschäftlichen Aufschwung der letzten Jahre nicht teilgenommen hat. Im Gegensatz sind in einigen Berufsgruppen noch Verkürzungen eingetreten. Diese mangelhaften Verhältnisse sind zum Teil durch die Krise, zum Teil durch die herrschende Holz- und Wirtschaftspolizei verschuldet. Es fanden im ganzen 469 Lohnbewegungen statt, die sich auf 198 Orte mit 3197 Betrieben und 196 926 Beschäftigten erstreckten. Erfolgreich wurden für 33 568 Personen wöchentlich 74 126 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 57 243 Personen 62 079 M. Lohnverhöhung in der Woche. Für 40 260 Personen wurden sonstige Verbesserungen erzielt oder Verschlechterungen abgewehrt. In 172 Fällen wurden für 8653 Personen Tarife abgeschlossen. Die Bewegungen erforderten 600 936 M. Unterstützung. Es waren aber auch Mitglieder in anderen Berufen beschäftigt und dort an Männern beteiligt. So wurden 1910 bei der Bauarbeiterausperrung ungefähr 15 000 M. bezahlt und 1911 bei der Metallarbeiterausperrung in Thüringen rund 10 000 M. Die Gesamteinnahmen betragen in der Berichtzeit 4 151 609,9 M., die Ausgaben 4 146 262,8 M. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurden die verschiedenen Lohnbewegungen in Kreisen besonders ausführlich behandelt. Sehr lebhaft wurde die Debatte bei den Ausführungen des Redakteurs Kräßig, die zum Teil gegen den Vorstand richteten, mit dem er in einzelnen Fragen der Politik nicht übereinstimmt. Verschiedene Mitglieder des Vorstandes wandten sich gegen Kräßig. So erwähnte Siedel, der Vorstand habe nur veranlaßt, daß die Redaktion sich bei Streiks und Lohnbewegungen den Intentionen des Vorstandes zu fügen habe. Sei die Redaktion anderer Meinung, so möge sie diese nach der Bewegung zum Ausdruck bringen. Die Meinungsstrenge wolle der Vorstand nicht einschränken. Zwei Anträge auf Abschaffung der 40 M. Beitragsklasse wurden abgelehnt. Die 10 M. Klasse für Jugendliche wurde abgeschafft, so daß Jugendliche bis zu 17 Jahren jetzt 20 M. zahlen müssen. Ein Antrag, für invalide Mitglieder eine 20 M. Klasse mit entsprechend reduzierten Unterstützungen zu schaffen, wurde dem Vorstand überlassen. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 M. erhöht. Ueber die Lohnkassentätigkeit des Verbandes sprach das Vorstandsmitglied Schrader und Martha Hoppe über den freien Samstag nachmittag. Ueber die gegnerischen Gewerkschaften referierte Vorstandsmitglied H. L. H. Redner beschäftigte sich vorwiegend mit der „Christlichen“ Organisation und bestricherte ein Zusammenwirken mit dieser in der Erwartung, daß ihr dadurch mehr Verlegenheiten nachgehen würden als umgekehrt. Diese Ansicht ist auf lebhaften Widerspruch und die vom Vorstand votierte Resolution wurde abgelehnt. Vorstandsmitglied Siedel referierte über die Wirkungen der Zollgesetzgebung in der Textilindustrie. Eine von der Generalversammlung angenommene Resolution weist darauf hin, daß die im Interesse kleiner Schichten der bescheidenen Klasse geübte Wirtschaftspolitik des Reiches auch der Textilarbeiterklasse großen Schaden zufügt und Mitleid für den Verfall des ungünstigsten Auskaufes der Produkte zwischen den Nationen fordert. Schließlich wurde dem Vorstand noch eine Resolution zur Berücksichtigung überwiesen, die sich gegen die Separationsbestrebungen eines Teiles vom tschechischen Proletariat wendet, wodurch es unmöglich gemacht wird, in Böhmen bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Folge ist starke Abwanderung böhmischer Arbeiter nach Deutschland, wodurch auch hier der Kampf um bessere Verhältnisse erschwert wird. Die Resolution enthält folgende Wortlaute zur Abhilfe dieser Verhältnisse, soweit sie die Textilarbeiter betreffen:

**Transportarbeiter.** Der achte Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes wurde in der Woche vom 9. bis zum 15. Juni in Breslau abgehalten. Es war der erste Verbandstag seit der Verschmelzung mit den Verbänden der Seelente und der Hafenarbeiter. Wie der Geschäftsbericht zeigt, ist auch diesen Verbänden die Verschmelzung sehr gut bekommen. In den letzten beiden Jahren erfolgten 199 335 Ein- und Abreisen; von diesen kamen ungefähr 27 000 auf die beiden angeschlossenen Verbände. Allerdings steht dem ein Verlust von 112 430 Mitgliedern gegenüber, so daß die tatsächliche Zunahme mit Einschluß der Verschmelzungen 80 925 beträgt. Die Mitgliederzahl bezug auf Schwärze des vorigen Jahres 195 249, davon 6617 weibliche. Die stärkste Berufsgruppe ist die der Bader mit 45 839. Dann folgen die Arbeiter und Fuhrleute mit 38 101, die Hafenarbeiter mit 22 341, die Spektionsarbeiter mit 19 017, die Winterarbeiter und Fischer mit 11 175, die Seelente mit 10 873, die Hilfsarbeiter verschiedenen Art mit 10 787, die Straßenbahner mit 9261, die Droschkenfahrer mit 7329, die Arbeiterinnen mit 6817, die Kohlenarbeiter mit 6051, die Wagnere mit 4507, die Fensterputzer mit 2298 Mitglieder, schließlich noch als „Übrige“ 853. Nach der Gewerbeprüfung von 1907 berechnet der Vorstand die Zahl der Betriebsangehörigen auf 1 100 000, worin das Eisenbahnpersonal und die gelehrten Arbeiter im Handel- und Transportgewerbe nicht inbegriffen sind. Es fanden sehr viele Bewegungen statt, die auch zu vielen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen führten. Am Ende des Jahres 1911 hatte der Verband 809 Tarifverträge in 7851 Betrieben mit 76 011 Personen in Geltung. Der Verband hatte in den letzten Jahren eine Einnahme von 7 450 345,17 M. und eine Ausgabe von 6 718 083,23 M. In der Hauptliste vom 1. Januar 1912 ein Bestand von 1 124 246,90 M. Zum Ende eines einjährigen Verbandshauses haben die Mitglieder einen Extrabeitrag von 2 M. zu leisten. Jugendliche und weibliche Mitglieder zahlen die Hälfte. Die Debatte über den Geschäftsbericht war nur kurz und drehte sich zum Teil um Grenzstreitigkeiten.

Ueber die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes referierte Paul Müller (Berlin). Die vom Referenten vorgelegte umfangreiche Resolution wurde nach um einige Punkte ergänzt. Sie enthält neben allgemeinen Forderungen noch Spezialforderungen für die Sanftarbeiter, die Transportarbeiter, die Kraftwagenfahrer, die Straßenbahner, die Hafenarbeiter, die Winterarbeiter und Fischer und die Seelente. Der Vorsitzende Schumann referierte über „Das Koalitionsrecht der Transport- und Verlehrsarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.“ Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Bestimmungen auf Verbot des Streikpostens, sowie gegen die Bestimmung der in den staatlichen Transport- und Verlehrsarbeiten tätigen Personen in der Ausübung ihrer hoheitsgerichtlichen Rechte und in der Wahrnehmung ihrer hoheitsgerichtlichen Interessen wendet.

Die Anträge auf Abänderung der Beiträge und des Eintrittsgeldes wurden abgelehnt. Die Erneuerungsfähigkeit wurde dahin eingeschränkt, daß sie in der Höhe des für die helfende Beitragsleistung vorgesehenen Beitrags innerhalb 50 Wochen nur einmal ausbezahlt werden kann (bisher 52 Wochen). Die Streikunterstützungen wurden sämtlich um 1 M. die Woche erhöht. Die übrigen Unterstützungszweige erlitten geringe Änderungen. Der Ausbeitrag der Verwaltungskosten wurde für jedes Mitglied im Quartal von 5 auf 10 M. erhöht. Anträge auf Verschmelzung mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Gemeindefabrikarbeiter wurden als zurzeit noch nicht durchführbar abgelehnt.

## Gewerbegerichtliches.

**Angehangener Afford.** Auf ein angehängener Afford fertig gemacht werden? Mit dieser Frage, über die verschiedene Urteile vorliegen, hatte sich am 12. Juli das Gewerbegericht in Braunschweig zu befassen. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

4 Schlosser waren in der Braunschweiger Maschinenbauanstalt mit der Herstellung von Zentrifugen beschäftigt. Die Arbeit geschah in Accord. Bis zur Fertigstellung wurden Abschlagszahlungen geleistet, in diesem Falle Stundenlöhne. In der Arbeitsordnung war eine gegenseitige Kündigung vor Aufgabe der Beschäftigung allgemein ausgeschrieben. Nach den Angaben der Betriebsverwaltung sollte bei Festlegung des Accordpreises ein Stundenlohn von 75 S. zur Unterlage geachtet haben. Doch es kam, wie fast bei allen ersten Afforden, anders. Die 4 Schlosser erzielten nur Stundenlöhne von 65 bis 68 S., noch dazu bei angestrengtester Arbeit. Nach Fertigstellung des ersten Transportes Zentrifugen erklärte sich die Firma bereit, 244 M. nachzuzahlen. Bei Beginn des zweiten Affords machten die Schlosser darauf aufmerksam, daß entweder der Accordpreis erhöht oder eine Nachzahlung von 70 bis 80 M. erfolgen müsse. Der Meister versprach, die Sache zu untersuchen. In der Erwartung, daß auch diese Nachzahlung erfolgen werde, gingen die Schlosser den dritten Afford an. Da die Nachzahlung aber nicht erfolgte, legten die 4 Schlosser die Arbeit nieder. Die Firma weigerte sich aber, die rückständigen Stundenlöhne von 8,55, 16,63, 19 und 16,33 M. zu zahlen, weshalb Klage beim Gewerbegericht eingereicht wurde. Die bestagte Firma führte sich bei ihrer Weigerung darauf, daß bei Accordverträgen die Bestimmung der Arbeitsordnung auf Ausschluß der Kündigungsgestalt außer Kraft treten müsse. Die Kläger wären verpflichtet gewesen, den angefangenen Afford fertigzustellen. Die Löhne hätten dann ausbezahlt werden können. Da dies nicht geschehen sei, liege Kontraktbruch vor. Diese Auffassung ist der Firma durch den Bürgermeister Weber nahegelegt worden, der in Abwesenheit des hiesigen Gewerbegerichtsvorsitzenden die Vorverhandlungen führte. Das Gewerbegericht stellte sich aber auf einen anderen Standpunkt und verurteilte die bestagte Firma zur Zahlung der rückständigen Stundenlöhne. Aus der Verhandlung sei hervorgehoben: Die Rechtspredigung in dieser Frage ist richtig. Das Gewerbegericht hätte sich aber auf die Entscheidung der Gewerbegerichtliche Ratshelme und des Landgerichts Berlin I (Baum, Handbuch der Gewerbegerichte). Der in der Arbeitsordnung vereinbarte Ausschluß der Kündigung geht dem Accordvertrag vor. Bei dem Zueinanderarbeiten von mehreren Afforden, wie es oft vorkommt, ist es nicht möglich, Anfang und Ende ansehnlich zu halten. Es besteht aber die Möglichkeit, neben der Arbeitsordnung einen Vertrag zu schließen, wonach das Arbeitsverhältnis während der Dauer der Accordarbeit nur dann gelöst werden kann, wenn ein wichtiger Grund nach der Gewerbeordnung vorliegt. Ein solcher Vertrag war aber hier nicht geschlossen.

## Aus den Unternehmerverbänden.

**Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede.** Das Organ dieses Verbandes, die Deutsche Installateur- und Klempner-Zeitung, druckt in ihrer Nr. 30 vom 24. Juli unfern in Nr. 29 erschienenen Bericht über den in Koblenz abgehaltenen Verbandstag dieser Organisation ab und bemerkt dazu: „Der Bericht ist in mancher Beziehung interessant und lehrreich, besonders auch hinsichtlich dessen, was er nicht enthält. Es geht eben zur alten Taktik der Sozialdemokratie, alle guten Absichten herunterzureißten, möglichst viel Vertrauen zu stiften und Unbequemes — fortzuschweigen!“

Dazu erlauben wir uns, kurz folgendes zu bemerken: Da wir nicht den Vorzug haben, vom Vorstand des Verbandes selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede einen offiziellen Bericht über ihren Verbandstag zu erhalten, so mußten wir uns in diesem Falle nach dem richten, was über diese Veranstaltung in der Koblenzer Bürgerschafts-Presse und in der Deutschen Installateur- und Klempner-Zeitung berichtet wurde. Wenn nun in diesen Blättern so wenig von „guten Absichten“ zu bemerken gewesen ist, so ist es verfehlt, uns darüber einen Vorwurf zu machen. Allerdings sehen wir die Sache mit Arbeitern an und nicht mit Unternehmern an. Das heißt sich nun einmal nicht ändern, denn das sind menschliche Unvollkommenheiten, die ihre Ursache eben in der Klassenstellung zwischen Unternehmern und Arbeitern haben. Im übrigen meinen wir aber, daß unparteiische Beurteiler nicht umhin können werden, zuzugestehen, daß wir gerade sehr eifrig bemüht waren, alles, was an „guten Absichten“ in dem uns vorliegenden Material enthalten war, unseren Lesern gewissenhaft zu berichten. Haben wir doch extra hervorgehoben, daß der Delegierte Wesfels den Standpunkt herrreten hat, es sei besser, wenige und gute Bedingnisse heranzubilden, als viele schlechte. In den uns vorliegenden Berichten fanden wir leider nichts darüber, daß Herr Wesfels mit dieser Ansicht besonderen Anhang gefunden hätte. Wir glaubten, daraus folgern zu dürfen, daß Herr Wesfels mit seiner Meinung alleingestanden habe und knüpfen daran die Bemerkungen, die man in unserer Nr. 29 nachlesen kann. Sollte uns nun dabei ein Versehen unterlaufen sein, oder sollte es der Redaktion der Deutschen Installateur- und Klempner-Zeitung oder ihrem Vorstandsmitglied daran gelegen sein, sonst noch etwas über ihre guten Absichten unseren Kollegen zur Kenntnis zu bringen, so wollen wir ihnen den Raum der Metallarbeiter-Zeitung herzlich gerne zur Verfügung stellen. Wir leiden ja seit einigen Monaten an einer so unheimlichen Stoffüberhäufung, daß wir manches nicht bringen können, was für unsere Leser interessant und wichtig genug wäre. Wenn nun auch vorläufig noch kein Ende dieses unangenehmen Zustandes abzusehen ist, so glauben wir es dennoch verantworten zu können, daß wir in diesem Falle eine Ausnahme machen. Also bitte!

## Ein „Erstklassiges Bureau für Streikangelegenheiten“

nenn sich der gelbe Arbeitsnachweis von Karl Blankenburg in Hamburg, der während des Streiks der Bauhölzer in Chemnitz folgendes Angebot machte:

„Central-Arbeits-Nachweis Hamburg.  
Telephon. (Hr. Karl Blankenburg.) Gegründet 1910.  
Hamburg 21, Lombdstraße 135, 1.  
Erstklassiges Bureau für Streikangelegenheiten.“

Betrifft: Streik. Hamburg, den 28. Juni 1912.  
Lobl. Arbeiter-Verband der Metallindustrie, Chemnitz.

Unter Berücksichtigung des in Ihrem Vertriebe angebrochenen Streiks gelte mir Ihnen zur Beschaffung von geeigneten Ersatzkräften meine Dienste ergebens anzubieten.

Ein in der angenehmen Lage, Ihnen binnen kürzester Frist anständige, brauchbare Leute in jeder beliebigen Anzahl senden zu können, mit deren Leistungen Sie sicherlich zufriedengestellt sein werden.

Für die in Frage kommenden Leute würde eine Vermittlungsgebühr von 10 M. in Anrechnung bringen. Ferner hätten Sie Reise- und Fahrgeid nach dem Bestimmungsort der Leute zu tragen und müßte dieser Betrag zu dem Absfahrzuge eingekandt werden. Ferner würde es zweckmäßig sein, wenn meine Leuten Unterkunft und Verpflegung im Ort oder sonst geeigneten Ort gewährt würde, um unnötigen Zusammenstößen mit den Streikenden aus dem Wege zu gehen.

Der Lohn richtet sich nach den dort üblichen Verhältnissen, muß aber vorher anbezahlt werden.

Zur Veranschaulichung meiner Leute stelle ich Ihnen einen Kontrollen, letzterer muß gleichzeitig für Reise und Ordnung sorgen.

In jeder weiteren näheren Auskunft bereit gern bereit, sowie behufs schneller Abwicklung auf Wunsch persönlich noch dort.

Indem Ihnen ergebend, werden Rückversicherungen mit Vergütungen entgegensetze, empfehle ich Ihnen und gelohne

in ergebener Hochachtung

Zentralarbeitsnachweis der gelben Gewerkschaft.  
Hr. Karl Blankenburg.  
Hamburg, Lombdstraße 135, 1.

Diese Firma“ verbannte ferner noch Formulare zu einem Vertrag der Gewerkschaft mit dem Streikbrecher, dessen § 4 lautet: „Das bei unserer Firma zurzeit gekaufte resp. ausgeliefert wird, habe ich gewahrt.“ § 5: „Nach erhaltene Logis und Verpflegung auf der Fabrik, wofür mir wöchentlich vom Lohne gelöst werden.“ § 6: „Die Firma gewahrt keine Mithilfe in dem Falle, wenn der Arbeiter den Streik bis zum Ende mitmacht und in jedem Falle, wenn der Streik binnen acht Tagen beendet ist.“ Dieser letzte ist ein punktförmiger Paragraph. Gesetzt den Fall, ein Streik werde nach sieben Tagen beendet; dann können die Streikbrecher sämtlich von der Firma freie Mithilfe verlangen, auch die, die schon vorher wieder abgefallen sind und sich den Streikenden angeschlossen haben. Eigentlich hätten wir so etwas hier nicht ausplaudern sollen, sondern abwarten, bis eine Anzahl von Unternehmern auf solche Weise ausgeschmiedet worden wäre. Aber wir sind halt einmal Gemütsmenschen, können uns dies insofern um so eher leisten, als man darauf rechnen darf, daß die Unternehmer, die schon einmal solche Leute in Arbeit nahmen, zum zweitenmal darauf verzichten werden, weil auch die sonstige Qualifikation der Arbeiter viel zu wünschen übrig läßt. Einen Nutzen ziehen aus diesem Streikbrechergesetz nur die Groß-Unternehmer, denen es darauf ankommt, ihre Arbeiter vor allen Dingen unterzuzwingen und den Herr-im-Haufe-Standpunkt unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

## Gefinnungsfähigkeit.

Die Adlerwerke vorm. Heinrich Meyer, A.-G. in Frankfurt a. M., versuchen durch nachstehendes Zirkular, daß sie an die in Betracht kommenden Unternehmer versenden, sich über die Gefinnung der Arbeiter zu unterrichten:

„Abteilung: Sekretariat. Vertraulich!  
Der bei Ihnen angeblieh vom ... beschäftigt gewesene ... aus ... bemüht sich um Arbeit bei uns. Wir fragen daher ergebenst bei Ihnen an, ob Genannter ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, wie sehr Betragten bei Ihnen war und besonders ob er kein Aufwiegler, Heher oder dergleichen ist.  
Für Ihre gefälligen Bemerkungen sagen wir Ihnen im voraus verbindlichsten Dank und versichern Sie freigelegte Diskretion.  
Zu Gegenständen stets gern bereit, zeichnen wir

1 Freikavari. (Folgt Firma und Unterschrift.)  
Hochachtungsvoll

Datum, Namen und Adresse haben wir aus Zweckmäßigkeitsgründen gestrichen. Dreist wird von den Unternehmern bekräftigt, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten anzuerkennen wagen. Sie stellen in Abrede, daß sie mittels schwarzer Listen „Heher“, „Aufwiegler“ und „renitente Arbeiter“ arbeits- und dadurch krallos machen wollen. Nur über den „Terrorismus der organisierten Arbeitererschaft“ haben sie sich zu betragen und suchen die Regierung für eine Neuauflage des Zuchtstrafgesetzes geneigt zu machen. Aus diesem „vertraulichen“ Zirkular, das uns trotzdem der bekannte günstige Wind zuführte, ist zu ersehen, wie sich die Unternehmer zu helfen wissen und wie man in allerding etwas teurer Weise Gefinnungsfähigkeit kreibt, indem sie für jeden einzelnen Arbeiter ein solches Zirkular brauchen und Rückporto beigeben.

## Vorwort über die Firma Harry Krüller in Celle.

Ein eingeleiteter Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter ist Herr Harry Krüller, Fabrikant, Waffeln- und Cafesfabrikant in Celle. Mit peinlicher Aufmerksamkeit werden die Beschäftigten überwacht, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Wehe demjenigen, der sich trotzdem erlaubt, von dem ihm zustehenden gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen. Ohne Gnade haben solche die Entlassung zu gewärtigen. Der Unternehmer ging sogar dazu über, jedem Neueintretenden folgenden Brief zur Unterzeichnung vorzulegen:

Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäder- und Konditorverbandes bin und verpflichtet mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein.

Herr Krüller, der selbst Vorkämpfer einer Fabrikantenvereinsung ist, sehen also nicht davor zurück, den Beschäftigten das Koalitionsrecht zu rauben. In neuester Zeit wurde häufiger als je über den „Terror der sozialdemokratischen“ Gewerkschaften von der arbeitserkennenden Presse geachtet, ohne Beweise hierfür zu erbringen. Hier erlaubt sich aber ein Unternehmer unter Niedertrampfung der guten Sitten, die Arbeiter zu zwingen zu machen.

Bei der zuständigen Organisationsleitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Sie wurde jedoch abgewiesen, mit der Bemerkung, daß Krüller sich unter keinen Umständen in eine Aussprache einlassen werde. Da der Unternehmer auch Lieferant der Großeinlausgesellschaft des Centralverbandes deutscher Konsumvereine ist, wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser scheiterte. Herr Krüller erklärte hier rühmweg, daß er sich nicht zum Sklaven des Verbandes der Bäder machen lasse, dann verzichte er lieber auf das ganze Geschäft.

Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechts für die Beschäftigten zu erwirken, befasste sich die organisierte Arbeitererschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsleitungen die Erhängung des Vorfalls über die Produkte der Firma Krüller zu beantragen. Diefem Ersuchen wurde auch statigegeben.

Die organisierte Arbeitererschaft hat keine Ursache, einem solchen Unternehmer Waren abzukufen, der ihre Arbeitsergebnisse an der Ausübung des Koalitionsrechts hindert, und sie wird dafür sorgen, daß der Vorfall mit aller Schärfe durchgeführt wird. Die Waren Herr Krüller hauptsächlich außer in den Konsumvereinen auf den Bahnhöfen, in den Bädereien, in den Cafes und Kolonialwarengeschäften um. Es ist also nicht nur den Frauen, die bei der Durchföhrung des Vorfalls hauptsächlich in Frage kommen, Gerechtigkeit geschehen, sondern auch die Männer können viel zur Unterföhrung beitragen. Die Firma ist mit ihren Maschinenwerkzeugen hauptsächlich auf die Arbeitererschaft als Konsumenten angewiesen, wie auch das Hauptabnehmeriel in diesen Kreisen besteht. Nach fast allen größeren Städten liefert Krüller an Händler und Wahrungsmittelgeschäfte. Man achte daher genau auf die Verpackung und weise jede Ware aus der Firma Krüller solange zurück, bis an dieser Stelle über die Aufhebung des Vorfalls berichtet werden kann. Die bestagte Firma wird nur versuchen, in den bürgerlichen Zeitungen Erwiderungen zu veröffentlichen, in welchen besonders auf die hohen Löhne hingewiesen wird. Dazu werden wir betonen, daß heute noch Arbeiterinnen mit 8 M. pro Woche eingestellt werden, und von diesem kurzen Verdienst werden ihnen für die Arbeitskleidung noch Abzüge gemacht. Würden hohe Löhne bezahlt, dann wäre die Firma keine Krücke, den Beschäftigten die Zugehörigkeit zur Organisation zu unterlegen.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Weibet so lange den Versuch den Wiesbad, Waffeln und Cafes von der Firma Harry Krüller in Celle, bis sich auch dieser Unternehmer bequemt, den Beschäftigten konstanten geschicklich zu behende Koalitionsrecht zu gewähren. Solange das nicht der Fall ist und in diesem Vertriebe eure Arbeitsergebnisse als rechtlose Soldaten behandelt werden, verhöflet jeder aufgeregte Arbeiter gegen die Grundzüge der Arbeiterbewegung, wenn er trotzdem gegen diese Unterföhrung handelt.  
Die Wohlfahrtskommission.

